

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einseitige Petitzeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gsch in Wildbad.

Nummer 92

Fernruf 179

Wildbad, Freitag den 22. April 1921

Fernruf 179

55. Jahrgang

Tagespiegel.

Im württ. Landtag wurde am Donnerstag der Etat an den Finanzausschuß überwiesen.

Im preussischen Landtag wurde Stegerwald zum Ministerpräsidenten wiedergewählt. Minister Schiffer hat es abgelehnt, das Ministerium des Innern zu übernehmen.

Dr. Simons wird im Reichstag Mitteilungen über den Stand der Entschädigungsfrage, die Vermittlung und die deutschen Vorschläge machen.

Infolge der Zollsperrung ist in Düsseldorf eine völlige Störung des Güterverkehrs eingetreten. Die französischen Zollbeamten sind ihrer Aufgabe nirgends gewachsen.

Die internationale Donaukonferenz ist am 20. April in Paris zusammengetreten.

Lloyd George ist nach einer französischen Meldung mit der Erhebung eines Zollaufschlags von 50-70 Francs auf die Tonne Ruhrkohle zu Gunsten der Kriegsentwädigung einverstanden.

In englischen Handelskreisen befürchtet man von einem neuen Schritt zur Eröffnung des deutschen Wirtschaftslebens Nachteile für England.

Japan hält an seiner Politik in der Frage der Insel Nan sei.

Die Verkehrsstockung im besetzten Gebiet.

Die Zollsperrung im besetzten Gebiet hat mit dem Anbruch des 20. April begonnen und schon zeigt es sich, wie verheerend diese „Sanktion“ ist. Wie die westdeutschen Väter berichten, sind im nördlichen Teil der Zollsperrung bereits große Störungen im Personen- und vor allem im Güterverkehr eingetreten. Die wenigen Zollbeamten im Güterverkehr sind überfordert. Die Zollbeamten mühen sich auf eine oberflächliche Durchsuchung der Güter beschränken, sonst wäre überhaupt kein Zug mehr zum Laufen zu bringen gewesen. Trotzdem liegen auf einzelnen Stationen ungeheure Mengen von Stückgütern und Postsendungen auf. Auf der Station Linthaus bei Köln stauen sich die Güterzüge; die französischen Zollaufsichtsbeamten sehen sich genötigt, in Folge des allgemeinen Wirrwarrs einen Teil der Waren unverzollt weiterzuführen zu lassen. Auf den drei Zollbahnhöfen in Düsseldorf, auf die täglich etwa 130 Güterzüge und 100 Personenzüge rollen, sind ganze 10 Zollbeamte tätig. Und diese paar Leute sollen den ungeheuren Verkehr bewältigen! Berge von Stückgütern und Hunderttausende von Postpaketen liegen und fällen die Bahnhöfe. Alle Gleise der Bahnhöfe sind mit Güterzügen besetzt.

Der Personenverkehr konnte bis jetzt notdürftig aufrecht erhalten werden. Die Zollüberwachung beschränkte sich, wo sie überhaupt ausgeführt wurde, wie der „Frankf. Zig.“ aus Koblenz berichtet wird, auf Stichproben beim Personenverkehr. Dagegen ist der Güterverkehr auch im mittleren und südlichen Teil der Zollsperrung stark ins Stocken geraten. Sämtliche Güterzüge werden von den Verbandsbehörden angehalten. Ihre Abfahrt verzögert der Umstand, daß die neu geschaffenen Zollbehörden noch ohne jegliche Dienstankweisungen von oben sind und kein Mensch weiß, in welcher Weise die Zollkontrolle zu handhaben ist. Die Folge davon ist, daß auf einzelnen Strecken, insbesondere auf den nach Hagen und Limburg, die eingehenden Güterzüge sich zu stauen beginnen. Es droht die Gefahr einer völligen Verstopfung der Strecken. Für die Versorgung des unbesetzten Gebietes vor allem mit Kohle droht daraus eine schwere Gefahr.

Die Frage der Mitwirkung der deutschen Zollbeamten an der Kontrolle scheint noch nicht einheitlich geregelt zu sein. Einzelne Finanzämter haben den Anforderungen der verbündeten Behörden überlassen, andererseits haben nach den vorliegenden Meldungen deutsche Beamte die Mitarbeit verweigert. Ob es sich hier um Einzelfälle oder um ein solidarisches Vorgehen handelt, ist nicht festgestellt. Der Verlauf des ersten Sperr-Tags zeigt jedenfalls, daß der Verband

an die „Sanktion“ ohne jegliche Vorbereitungen herantreten ist, und daß ihm die zum Nachteil Deutschlands übernommene Aufgabe über den Kopf zu wachsen droht. Es herrscht ein völliges Durcheinander. So sind, um nur einige Beispiele anzuführen, heute bereits Schwierigkeiten entstanden daraus, daß noch nicht einmal die Frage geklärt ist, ob der Verzollung der deutsche Vertragstarif oder der Autonomietarif zugrunde zu legen ist. Die schwierige Frage der Zollhandlung des Durchgangs- und der Veredelungsverkehres ist in den Beratungen der Rheinlandskommission noch kaum gestreift worden.

Im Postverkehr hat der Verband verfügt, daß sämtliche Postverkehre und eingehende Pakete den deutschen Zollämtern zuzuleiten sind. Allein der Ausgang aus dem besetzten Gebiet in das unbesetzte betrug im letzten Jahr etwa 30 Millionen Stück, das macht auf den Arbeitstag etwa 100 000 Pakete, und mit einem ungefähre gleich starken Verkehr ist in umgekehrter Richtung zu rechnen. Gegenüber diesem Ansturm erweist sich die deutsche Zollbehörde als völlig unzureichend. Die bisher ihrer Kontrolle unterliegenden Pakete betragen nur einen ganz geringen Bruchteil dieser Menge. Trotzdem wäre es verfehlt und verhängnisvoll, aus diesen anfänglichen Schwierigkeiten irgendwelche Forderungen auf ein Scheitern der neuen Zollverwaltung abzuleiten. Schließlich geht der Schaden ja auf deutsche Rechnung.

Die Frachtkontrolle ist in der Pfalz in Tätigkeit. Der Personenverkehr war überall noch frei. Die Zollabfertigungsstellen Ludwigshafen, Speyer und Wormsheim sind nicht mehr in deutschen Zollbeamten besetzt, da diese das linke Rheingebiet verlassen haben. Der Güterverkehr am Hauptbahnhof Ludwigshafen ist schwierig. Der Personenverkehr widert sich ruhig ab. Die Reisenden von und nach Mannheim unterliegen der Zollrevision, d. h. sie haben die Zollschranken in Hauptbahnhof zu passieren. Der Güterverkehr hat jetzt schon große Schwierigkeiten zu überwinden. Die Güterzüge haben große Verspätungen wegen Transportstörungen. Es ist zu befürchten, daß in kurzer Zeit der gesamte Güterverkehr im besetzten Gebiet ins Stocken gerät. Auf der Rheinbrücke nach Mannheim wird die Zollrevision durch Stichproben vorgenommen. Im Rangierbahnhof Ludwigshafen mußte bereits eine Anzahl Güterzüge auf Anordnung der französischen Behörden zurückgestellt werden, weil sie nicht abgefertigt werden konnten.

Neues vom Tage.

Der Ernst der Zeit.

Berlin, 21. April. Unter dem Druck der politischen Verhältnisse sollen in Berlin bis auf weiteres offizielle gesellschaftliche Veranstaltungen nicht mehr abgehalten werden. So ist der große Freizeitspazierabend, der Samstag im Zoologischen Garten stattfindet und wofür der Reichspräsident erscheinen sollte, abgesagt worden, ebenso das große Mahnenfest zu Gunsten der Schwerkriegs.

Prinz Leopold klagt gegen das preussische Finanzministerium.

Berlin, 21. April. Prinz Friedrich Leopold von Preußen hat das Finanzministerium auf Herausgabe der ihm entzogenen Sachen und Gelder, sowie auf Freigabe der beschlagnahmten Banknoten und auf Unterlassung weiterer Beschlagnahmungen und Eingriffe in die prinzipielle Verwaltung verklagt. Die erste Verhandlung findet heute vor dem Berliner Landgericht statt.

700 Millionen Nehlbetrag.

Dresden, 21. April. Der Staatshaushaltplan in Sachsen für 1921 weist an Einnahmen 1,1 Milliarden, an Ausgaben 1,8 Milliarden Mark auf. Der Fehlbetrag beläuft sich somit auf 700 Millionen Mark.

Die neuen deutschen Vorschläge.

Brüssel, 21. April. In amtlichen Kreisen verlautet, daß sich Deutschland verpflichtet habe, neue Vorschläge zu überreichen. Man glaubt, daß sie am folgenden Montag oder Dienstag der Wiederherstellungskommission von von Paris oder dem Vorsitzenden von der Konferenz in Spa, Delacroix, unterbreitet werden sollen. Sie sollen am folgenden Tag in der Presse bekannt gegeben werden.

Paris, 21. April. Nach den neuerdings hier eingegangenen Berichten, soll die deutsche Regierung von

ihrem Plan, ihre neuen Vorschläge durch einen Vermittler überreichen zu lassen, abgesehen haben. Die neuen Vorschläge sollen wahrscheinlich Donnerstag entweder direkt an die Verbündeten oder indirekt der Entschädigungskommission übergeben werden.

„Journal“ meldet aus angeblich „zuverlässiger Quelle“, die deutsche Regierung werde folgendes Angebot machen: 1. Zahlung einer Entschädigungssumme in der Höhe, wie Dr. Simons sie in London am 7. März anbot, nämlich: die fünf ersten Zahlungen gemäß dem Pariser Abkommen zweimal zwei und dreimal drei Milliarden zusätzlich wechselnder Jahreszahlungen, die einer 12-prozentigen Steuer gleichkämen. Für die auf diese fünf Jahreszahlungen folgenden Leistungen ist eine geringere Summe vorgesehen, als sie in Paris bestimmt wurde. Die Sachverständigen sollen die Grundlage für die wechselnden jährlichen Beträge festlegen. 2. Die deutsche Regierung will einen Plan zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete unter Teilnahme deutscher Arbeitskräfte ausarbeiten und die Lieferung von Rohmaterialien und Fertigwaren hierzu vorschlagen. 3. Eine Beteiligung der Verbündeten an dem Gewinn der deutschen Industrie bis zum Höchstmaß von 30 Prozent. 4. Die deutsche Regierung wird die Schulden der Verbündeten in Amerika auf ihre Rechnung übernehmen.

Berlin, 21. April. Wie die „Tägl. Rundschau“ berichtet, glaubt man in Paris zu wissen, die deutsche Reichsregierung habe sich an England und Amerika gewandt, um einen Aufschub der Zwangsmaßnahmen nach dem 1. Mai zu erwirken. Dem englischen und amerikanischen Geschäftsträger sei dabei von den neuen Vorschlägen Deutschlands Mitteilung gemacht worden. Die politischen Sachverständigen der Entschädigungskommission schlagen vor, das oberdeutsche Industriegebiet als Sonderstaat unter Verbandsverwaltung zu stellen. Aus Oberschlesien lassen sich in den 30 Jahren der Entschädigungsfrist 75 Milliarden Goldmark herausholen, wovon an Polen ein gewisser Teil als Entschädigung seiner Ansprüche abzutreten wäre.

Die „Verwaltung“ des Ruhrgebiets.

Paris, 21. April. In einer Besprechung der Sachverständigen, die in der Wohnung des Marschalls Foch stattfand, wurden folgende Vorschläge bezüglich der neuen Besetzung aufgestellt: Der Betrieb der Gruben und Fabriken wird Deutschland überlassen, aber unter Überwachung durch den Verband. Auf jede gefördert Tonne Kohlen wird zugunsten der Kriegsentwädigung eine Gebühr von 50 bis 70 Franken erhoben. Die Verteilung der Kohlen geschieht durch eine mit weitgehenden Vollmachten ausgestattete Sonderkommission des Verbands, die bestimmt, wieviel Kohlen an Deutschland überlassen und an neutrale Länder verkauft werden dürfen oder an die Verbandsländer verkauft werden müssen. Auch die Bergarbeiter werden von dieser Kommission überwacht; man will sie mit vermehrter Beschäftigung gewinnen und hofft, daß schlimmstenfalls die Kohlenförderung nicht unter drei Viertel der gewöhnlichen Förderung sinken werde. Aus dem Kohlenreichtum sollen sich für den Verband 2-3 Milliarden Goldmark jährlich ergeben. Dazu erwartet man durch die Zollsperrung im besetzten Gebiet eine Einnahme von 300-400 Millionen Goldmark. Endlich werde die Beschlagnahme des größeren Teils der Industrieaktien und die „Verwaltung“ der Fabriken überhaupt eine so große Einnahme erzielt werden können, daß die Entschädigungskommission über 4-5 Milliarden Goldmark jährlich verfügen könne. Das neubesetzte Gebiet soll einem Zivilkommissar unterstellt werden.

Ein Freiwilligenheer für die Besetzung?

Paris, 21. April. Nach der „Chicago Tribune“ soll Marschall Foch beabsichtigen, ein Heer von 100 000 Freiwilligen, in das auch Angehörige der anderen Verbandsstaaten eintreten könnten, für die Besetzung des Ruhrgebiets und Westfalens zu schaffen. — Das wäre für den Verband ja eine prächtige Gelegenheit, „lästige Arbeitslose“ los zu werden.

Fortsetzung des Streiks in England.

London, 21. April. In den verschiedenen Bergbezirken ist die überwiegende Mehrheit für die Aufrechterhaltung der ursprünglichen Forderungen der Bergleute. Gestern fand zwischen den Bergwerksbesitzern und den Bergleuten eine Besprechung statt. Man hofft noch vor der Landeskongress auf das Vorliegen neuer Lohn-

angeboten. Die Lage verschlimmert sich immer mehr, besonders dort, wo nicht genügend Kohlen vorhanden sind. Die Industriekrisis wird tatsächlich ernst.

London, 21. April. In Schottland und Wales kimmten gestern vier Fünftel der Bergarbeiter für Fortsetzung des Streiks. In den Kohlenbezirken von Wales haben hütige Zusammenstöße zwischen den Truppen und Streikenden stattgefunden.

Die „Times“ melden: Die Regierung erwägt infolge des Andauerns des Bergarbeiterstreiks die Anfuhr amerikanischer Kohle.

Der Bergarbeiterstreik mit seinen Rückwirkungen hat England bis jetzt rund 50 Millionen Pfund gekostet. Die Bergleute selbst haben in dem zweiwöchigen Ausstand für 14 Millionen Pfund Löhne eingebüßt, während die Kohlenförderung um 2,4 Millionen Tonnen zurückgegangen ist. Die Eisenbahnverwaltung mußte in ganz England etwa 700 Züge einstellen und verlor mit jedem Streiktage etwa 1,5 Millionen Pfund. Die Verluste der Schiffreederei sind ebenfalls sehr schwer. Der Staat muß jetzt den Erwerbslosen über 800 000 Pfund wöchentlich bezahlen.

London, 21. April. In Edinburgh wurde der Hauptmann White, ein Sohn des Marschalls White, des Verteidigers von Ladysmith im Burenkrieg, verhaftet unter der Beschuldigung, in einer Arbeitslosenversammlung eine aufreizende Rede gehalten zu haben.

Im Unterhaus wurde mitgeteilt, daß die Zahl der angemeldeten Arbeitslosen und der Arbeiter mit eingeschränkter Arbeitszeit zurzeit in England 2 641 000 betrage.

Der Kampf in Irland.

London, 21. April. Havas meldet aus Dublin: In der Grafschaft Sligo wurden zwei irische Geheimpolitiker von bewaffneten Männern aus dem Eisenbahnzug herausgeholt und erschossen.

Das Sinn-Freier-Parlament hat eine Verfügung erlassen, wonach es den Bürgern der irischen Republik unter sagt ist, Irland ohne besondere Erlaubnis zu verlassen. Die Verfügung verbietet gleichfalls den Auswanderungs- und Schiffsfahrtsagenten, Fahrkarten an Personen zu verkaufen, die Irland verlassen wollen. Auf Zuwiderhandlungen sind schwere Strafen gesetzt.

Streik in der amerikanischen Schifffahrt?

Newyork, 21. April. Der „Herald“ meldet, daß die Verhandlungen zwischen den amerikanischen Seeleuten und den Reedern abgebrochen worden seien, da die letzteren auf Lohnverminderung beharrten.

Newyork, 21. April. Viviani ist heute nach Frankreich zurückgekehrt. — Die Nachricht, daß der französische Botschafter in Washington Jufferand, abberufen werden solle, wird von Havas für unbegründet erklärt. Jufferand werde auch von der neuen Regierung in Amerika geschätzt und bestehe das Vertrauen der französischen Regierung.

Stegerwald wiedergewählt.

Berlin, 21. April. Im preussischen Landtag wurde gestern ein Schreiben des Ministerpräsidenten Stegerwald verlesen: Es sei während der Verhandlungen über die Kabinettsbildung ihm zur Kenntnis gekommen, daß bei seiner Wahl ein Teil der Stimmen unter irrigen Voraussetzungen auf ihn abgegeben worden seien. Da er nicht gewonnen sei, aus diesem Anlaß wegen vermeintlichen Mißbrauchs des Vertrauens Angriffe auf seine persönliche Ehre hinzunehmen, halte er eine erneute Wahl für notwendig.

In der heutigen Sitzung wurde eine neue Präsidentschaftswahl vorgenommen. Von 371 abgegebenen Stimmen fielen 227 auf Stegerwald (Rtr.), 100 auf Brauns (Soz.), 21 auf Ludwig (U.S.P.), 1 auf Busch (Rtr.), 22 Zettel waren unbeschrieben. Stegerwald ist also zum Ministerpräsidenten wiedergewählt.

Der Prozeß gegen die „Kriegsverbrecher“.

London, 21. April. „Beech Association“ zufolge beginnt am kommenden Dienstag im Polizeigericht von Bowstreet das amtliche Verhör der Reugen, die sich zu den Ende Mai stattfindenden Verhandlungen gegen die

deutschen „Kriegsverbrecher“ nach Leipzig begeben. Das Verhör ist öffentlich. Etwa 50 Zeugen begeben sich nach Leipzig.

Erregung in England?

Paris, 21. April. „Petit Parisien“ meldet, in amtlichen englischen Kreisen sei man sehr erregt, weil über die Zusammenkunft in Sythe von französischer Seite so viel Aufsehens gemacht werde. — Das Blatt teilt mit, Frankreich werde von England verlangen, daß die vier englischen Bataillone aus Oberitalien endlich entfernt und nach dem Rheinland verbracht werden.

Japan will Hay behalten.

Paris, 21. April. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Tokio hat das japanische Kabinett entschieden, daß kein Grund vorhanden sei, die japanische Politik in der Frage der Insel Hay wegen der amerikanischen Note zu ändern.

Der Londoner „Daily Express“ meldet aus Tokio, in japanischen Heereskreisen werde der Plan über die Rücknahme Sibiriens erwogen unter der Bedingung, daß Wladiwostok internationaler Freihafen werde. Dieser Schritt würde eine Gegenwehr gegen die Ausdehnung des Bolschewismus bilden.

Abfindung Columbiens.

Washington, 21. April. Der Senat hat den Vertrag, der die alte Streitfrage zwischen den Vereinigten Staaten und der mittelamerikanischen Republik Kolumbien wegen des Panamafanais erledigt, angenommen. Kolumbien erhält als Abfindung 25 Millionen Dollar.

London, 21. April. „Exchange Telegraph“ meldet, Amerika beabsichtige, einen Vertreter zu der Besprechung in Sythe zu senden, um über den Gang der Verhandlungen unterrichtet zu sein.

London, 21. April. „Daily Chronicle“, das Blatt Lord Georges, schreibt, da die deutsche Reichsregierung den Vertragsverpflichtungen nicht nachgekommen sei, halten die Verbündeten es für unbedingt erforderlich, in Sythe die Schritte zu besprechen und zu beschließen, um die Durchführung des Vertrags von Versailles zu erzwingen. Für die englische Regierung ergebe sich die Notwendigkeit, festzustellen, welches die französischen Pläne seien, bevor sie zu einem Vorgehen Stellung nehme. Man könne mit gutem Grund erklären, daß unter den Verbündeten Einigkeit über die Zwangsmaßnahmen herrsche. Im „Petit Parisien“ wird behauptet, zu der von Frankreich jetzt beabsichtigten Zwangsverwaltung des ganzen Ruhrgebiets habe schon auf der Konferenz in Brüssel der deutsche Staatssekretär Bergmann seine Zustimmung gegeben. Von deutscher Seite wird demgegenüber festgestellt, daß die deutsche Reichsregierung niemals irgendeine bestimmte Zustimmung zu einem Entschädigungsplan durch Bergmann gegeben habe.

Reichstag.

Berlin, 20. April.

Präsident Eöde bringt den Dank des Hauses an Oberpräsidenten für die Abstimmung zum Ausdruck. Wäre die Abstimmung umgekehrt ausgefallen, so wäre der Verband keinen Augenblick im Zweifel gewesen, wenn das Land zugewiesen wäre. Die gleiche Gerechtigkeit verlangt das deutsche Volk und die Bevölkerung Oberitaliens auch für sich.

Bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über die Festsetzung einiger Grenzschritte des Saargebiets beklagt sich Abg. Kroll (D.D.P.) über die Zwangslage, in der wir uns befinden und nimmt für den Reichstag die Wahrung des Rechtsstandpunkts in Anspruch. Das Saargebiet werde von den Franzosen wirtschaftlich ruiniert, um die Deutschen aus dem Land zu treiben und durch Franzosen zu ersetzen.

Ein Antrag der Unabhängigen verlangt die Aufhebung der Ausnahmeverordnungen und sofortige Abg. Rosenfeld: Das Gesetz über die „Rote Fahne“ sündet in einem krassen Gegensatz zur Verfolgung der Kappisten und Kriegsverbrecher.

Justizminister Helmke widerlegt die Annahme, als seien die Ausnahmegerichte einem Rachegefühl gegen die Arbeiter entsprungen. Die Art des Aufmarsches in Mitteldeutschland habe die Regierung zu den Ausnahmeverordnungen veranlaßt. Ein Verfassungbruch liege nicht vor. Die Gesundheit des Volkes werde um so schneller erholen, je mehr sich die Ueberzeugung Bahn breche, daß wieder Gerechtigkeit herrsche und das Verbrechen seiner Strafe nicht entgehe.

Württemberg.

Stuttgart, 21. April. (Deubergerholung.) Die Zahl der zur Erholung auf dem Deuberger beim Landesjugendamt bis jetzt angemeldeten württembergischen Kinder beträgt bereits 5200. Der erste Kinderzug auf den Deuberger erfolgte am 22. April. Ihm werden alle vier Wochen neue Transporte folgen.

Denkendorf, O.A. Eßlingen, 21. April. (Wahl.) Bei der Ortsvorsteherwahl wurde der bisherige Ortsvorsteher Schultheiß Geiger nahezu einstimmig wiedergewählt.

Sonthheim, O.A. Heilbronn, 21. April. (Amerikanerpende.) Von Amerikanern, die in Sonthheim geboren sind, gingen zu den Kosten eines Kriegerehrenzeichens und zu Kirchengebäuden bis jetzt Beiträge von 11 226 Mark ein.

Gaildorf, 21. April. (Erbende.) Graf Gottfried von Pückler-Linnburg hat aus Anlaß seines 50. Geburtstages der Stadtverwaltung weitere 3000 Mk. zur Verteilung an Bedürftige, insbesonders durch die veränderten Verhältnisse in Not gekommene Einwohner überlassen.

Tübingen, 21. April. (Von der Garnison.) Das hiesige Bataillon ist mit Ausnahme einer Kompanie, die im Aufstandsgebiet zur Sicherung der Ruhe zurückblieb, gestern zurückgekehrt. Die Truppe hat an der Säuberungsaktion nicht teilgenommen, sondern nur an der nachträglich vorgenommenen Entwaffnung mitgeholfen.

Spaichingen, 21. April. (Freiheit eines Sperbers.) In das mitten in der Stadt gelegene Gebäude des Oberamts drang ein Sperber abends etwa um 7 Uhr durch das Fenster in die im 2. Stock gelegene Wohnung des Hausmeisters, um einen Kanarienvogel aus dem am Fenster stehenden Käfig herauszuholen. Zuerst stieß er auf das geschlossene Fenster. Als der Hausbewohner den Vogel auf die Seite stellte und das Fenster öffnete, flog der Raubvogel sofort auf den Käfig zu, um nach der Beute zu fassen. Hier wurde er von einem auf ihn losfliegenden Hund vertrieben, worauf er das Zimmer durch das offene Fenster wieder verließ. Er hümmte etwa 10 Meter vor dem Fenster auf, kam aber sofort wieder auf das Fenster zu und in das Zimmer herein und nahm von dem am Fenster stehenden Hausmeister so wenig Notiz, daß es diesem gelang, ihn mit den Händen lebendig zu ergreifen.

Ulm, 21. April. (Trauerfeier.) Die hiesigen Frauenvereinigungen hielten gestern nachmittags im Münster eine Trauerfeier für die verstorbene Kaiserin. Eine kaum überblickbare Menschenmenge hatte sich zu der Feier eingefunden. Chorgesänge, Orgelspiel und Solos umrahmten die von Prälat D. v. Pland gehaltene Trauerrede.

Ulm, 21. April. (Großfeuer.) Vermutlich infolge fahrlässiger Brandstiftung ist das große massive Kaufmännertgebäude, das die Militärverwaltung im Krieg in der Wörthstraße erbaute und das über 1000 Zentner Heu und Stroh enthielt, vollständig ausgebrannt.

Gestern nachmittags waren Arbeiter der Reparaturwerkstätte an einer unter Dampf befindlichen Lokomotive beschäftigt, die schadhaft war. Durch ausströmenden Dampf wurden drei Personen so schwer verletzt, daß sie im Laufe der Nacht gestorben sind.

Friedrichshafen, 21. April. (Eisenbahnunfall.) Auf dem Stadtbahnhof entgleiste beim Wagenverschieben eine Lokomotive an einer schadhaften Weichenzunge. Drei Wagen wurden quer geschoben oder umgeworfen. Der Geizier Jenmann kam beim Abspringen unter die Wagentrümmer zu liegen und wurde schwer verletzt. Nach langer schwerer Arbeit konnte der Verunglückte aus seiner Lage befreit werden. Im Krankenhaus mußte ihm sofort ein Bein abgenommen werden.

— **Kirchliche Zwecke sind nicht gemeinnützig.** Ein Urteil des Reichsfinanzhofs stellt fest, daß Kapitalansammlungen, Schenkungen usw., die ausschließlich für kirchliche Zwecke bestimmt sind, wie Gelder zur Beschaffung von Glöden, Orgeln usw. oder zur Ausbesserung der Kirchen, der Kapitalertragssteuer unterliegen, weil sie weder der Allgemeinheit noch gemeinnützigen Zwecken dienen.

Biola.

Roman aus dem Leben von Georg v. Pletten.

10) (Nachdruck verboten.)

„Kleines, gutes Märchen!“ sagte gerührt Mathilde. „Was sollte ich auch anders denken? Kurz und gut, dann zwang ich mich zur Arbeit und häfelte und häfelte fast bis 12 Uhr nachts, bis mir die Augen zufielen. Sieh, welch ein Stück der Spitze ich bereits habe!“

„Prächtig, Hedwig, und ich weiß noch nicht einmal, was ich den Eltern zu Weihnachten schenken soll.“ Auch als Weihnachten schon nahe war, hatte Mathilde noch immer nicht das Weihnachtsgeschenk für die Eltern gewählt, geschweige denn irgend eine Hand daran gerührt, während Hedwig die gestickte Decke mit der kunstvoll gehäkelten breiten Spitzenborde bereits fertig hatte und schon an dem Monogramm für das Zigarrenetui arbeitete, das die Mama dem Papa verehren wollte. Wo sollte sie auch die Zeit hernehmen? Nach der Soiree bei Kommerzienrats folgten Visiten auf Visiten, kleinere Familienabende, Konzerte und Gesellschaften ohne Ende. Wie Mathilde vorausgesagt, war der Herr von Finkenstein schon am nächstfolgenden Tage erschienen, um sich zu erkundigen, ob der Stern des gestrigen Abends bereits wieder in voller Helle erstrahlte.

„Fui, Herr von Finkenstein“, hatte Mathilde scherzweise geantwortet. „Weitem war ich noch die Sonne des Tages, heute degradieren Sie mich zum Stern.“

„Fitzstern, gnädiges Fräulein, Sonne ist Fitzstern, größter Fitzstern“, schwärzte der Leutnant. Und sie lachten alle, Papa, Mama, Mathilde, Hedwig, am lautesten aber Herr von Finkenstein selbst. Ein unschönes Lachen — Hedwig gefiel es nicht.

Und so verging das ganze Gespräch in Komplimenten und Scherzen hin und her. Das letzte Wort war eine Einladung an das gnädige Fräulein, mit Erlaub-

nis und in Begleitung der gnädigen Eltern der nächsten Schlittenpartie beizuwohnen.

Am nächsten Tage kam auch der Herr Assessor um 12 Uhr des Mittags — ein vornehm freundlicher, aber steter Anstandsbesuch. So wenigstens kam er Hedwig vor, obgleich der Herr Assessor sich angelegentlich mit ihr unterhalten und ihr kein und seiner Eltern Bedauern ausgesprochen hatte, daß sie die jüngere Schwester nicht auch bei der Soiree begrüßen konnten.

„Hedwig ist noch zu jung; sie wird erst nach Weihnachten 17 Jahre alt“, sagte Dr. Wallig.

Aber im nächsten Winter hofft Papa bestimmt, sie mit in der Gesellschaft zu sehen, bemerkte der Assessor.

„Wollen sehen, wollen sehen“, erwiderte der Vater.

„Erst muß sie aber einen Tanzkursus absolvieren.“

Beschämt und doch innerlich erfreut hatte Hedwig dem zugehört.

Mathilde schien mißgestimmt; der Herr Assessor hatte noch kurzer Frage über ihr Wohlergehen sie nicht mehr besonders berücksichtigt und mehr mit den Eltern, ja sogar mehr mit Hedwig als mit ihr gesprochen.

Ueber Mangel an Berücksichtigung konnte sie sich aber herzlich nicht beklagen, als eine Stunde später auch Herr von Finkenwig, in tadellosem Schwarz und noch jugendlicher aussehend als bei der Soiree, erschien.

„Bin entzückt, gnädiges Fräulein, Sie so wohl zu sehen. O, es war ein himmlischer Abend, nicht wahr, mein Fräulein? Wann werden wir wohl das Glück haben, Sie wieder in Gesellschaft begrüßen zu können? Ich denke Tag und Nacht an diesen Abend zurück und im Geiste schwebt mir dann immer eine Dame im goldenen Vordenhaut und ätherblauen Seidenkleide vor Augen, und ich denke dann seufzend: O, Jugend, wie bist du so schön!“

Dieser Erguß kam fast atemlos, ohne Pause über des Großen Lippen. Mathilde konnte schließlich nur antworten: „Zu viel der Schmeichelei.“

„O nein, nicht geschmeichelt; noch zu weit vom Ziel“, sagte Herr von Finkenwig bedeutungsvoll.

„Und welches ist das Ziel?“ fragte neckisch Mathilde entgegen.

„Die — Wahrheit, die volle Wahrheit“, stammelte äbgernd Herr von Finkenwig.

„Und die Wahrheit wäre?“

„Sagte ich sie, so würden Sie dieselbe erst recht als Schmeichelei auffassen, und ich möchte Ihnen gegenüber doch wahr, nur offen sein“, sprach noch bedeutungsvoller ihr Gegenüber.

Doch Mathilde schnitt die Weiterrede ab mit der Frage: „Nehmen der Herr Graf auch an der Schlittenpartie teil?“

„Auch?“ fragte er entgegen. „Das läßt mich ahnen, auch gnädiges Fräulein werden mit von der Partie sein. In diesem Falle allerdings werde ich meine Abgabe zurücknehmen. Gewiß, gnädiges Fräulein, es wird mir eine Ehre, eine Freude sein. Und wenn es mir gestattet wäre, meinen Schlitten zur Verfügung zu stellen, für gnädiges Fräulein, Papa, Mama und Fräulein Schwester — pardon! da bliebe für mich kein Platz mehr!“

„O bitte, ich bleibe doch zu Hause“, wandte Hedwig ein.

„Ja wirklich; Herr von Finkenstein hat auch nur meine Schwester eingeladen.“

„Ich bedaure unendlich! Doch Ihr Opfer macht mich glücklich, so daß ich mein Anerbieten erneuern kann. Darf ich auf Annahme rechnen?“

„Wir sind sehr dankbar“, erwiderte Dr. Wallig. „Nach langer verweilte der Besuch und schien sich gar nicht trennen zu können. Als er endlich gegangen und beim Abschied einen langen Auf auf Mathildens Hand gedrückt, da sagte Hedwig nachher, als sie allein waren, zur Schwester: „Mathilde, der hat's auf Dich abgesehen.“

(Fortsetzung folgt.)

Landtag.

Stuttgart, 20. April.

(79. Sitzung.) Fünftes Tag der Aussprache zum Staatshaushalt für 1921.

Ausgleichsminister Voss: Ich bedarf der Mahnung des Abg. Müller (Komm.) nicht, selbst nach dem Rechten bei den Strafanstalten zu sehen. In Reichlichkeit lassen die Strafanstalten nicht zu wünschen übrig. Die verwendete Nahrungsmittel sind auch gut zubereitet, auch die Quantität ist im allgemeinen hinreichend. Die Sendung von Lebensmittelpaketen an Gefangene ist seit 1. Januar wieder unterbunden, weil Ausbruchswerkzeuge ins Brot gebunden wurden usw. Die Immunität darf nicht soweit gehen, daß der Redakteur Narrenfreiheit hat und in seinem Blatt schimpfen kann wie er will.

Abg. Voss (Komm.): Es ist richtig, daß meine Ausführungen einen neuen Abschnitt in der württ. Politik einleiten sollten. Ich kann die Frage behaupten, ob auch der Bauernbund hinter seinen Ausschüssen stehe. Leider müssen wir feststellen, daß unsere Aufforderung zur Bildung einer nationalen Einheitsfront zurückgewiesen wurde und zwar ohne überzeugende Gründe und ohne den Versuch einer Verständigung. Den Rednern des Zentrums und der Deutschen Volkspartei sowie ich heraldischen Dank. Die Sozialdemokratie hat unsere Aufforderung unermüdlich schroff zurückgewiesen, der Staatspräsident tat dies höflich und kühl. Die kommenden Umwälzungen machen es nach unserer Auffassung notwendig, so viel als möglich Ordnungsmittelpunkte zu bilden, und das wäre in Württemberg möglich wie in Bayern. Das hätte auf Baden und Hessen gemäß und es wäre ein föderativer Ordnungsweg entstanden. Weil es das Wohl des Landes erfordert, deshalb haben wir die Vorschläge zur Bildung eines nationalen Zusammenschlusses gemacht. Nun sind wir der Verantwortung los, sie ruht bei den Parteien, die unter Ansehens abgelehnt haben. Wir werden trotzdem die Opposition im Ton abmildern. Auch die Haltung der Parteien im Haus hat sich geändert; man hat eingesehen, daß nationale Wille nicht ist, daß man sich in der Schwärze verliert, daß man die Ernährungsnotwendigkeit wechselt. Wir erkennen, daß wir an einer Zeitenwende stehen. Ich bemerke den Mut, mit dem die Demokratische Partei mit einer Minderheitsregierung in die kommende Zeit geht; sie glaubt, daß sich die Katastrophe auf friedlichem Wege löse. Das parlamentarische System wurde nicht durch uns zerstört, sondern durch die Demokratie und Sozialdemokratie, die jetzt in Preußen wie in Württemberg eine einheitliche Regierung verhindert. Wir bestehen auf Einsetzung eines Untersuchungs Ausschusses. Wir sind überzeugt, daß die Republik den Zusammenbruch des Staats bringen wird. Niemand denkt jetzt an eine Erbschaft der Monarchie, auch nicht von dem von links geschätzten Ludendorff. Der beste Beweis, daß auch die parlamentarische Regierung keine Selbstregierung des Volkes bedeutet, zeigt sich an Amerika und Wilson, der das amerikanische Volk ganz anders regierte als es wollte. Die „Politik der Mitte“ der Reichsregierung sei der Begriff der Schwäche und Nachgiebigkeit. Voss dankt unter dem Vorbehalt des Hauses der Reichsregierung für ihr Wirken beim Niederkommen der Anarchie in Mitteldeutschland und bezieht die Haltung der Sozialdemokratie in der Schuldfrage.

Abg. Schief (D.D.P.): Die Rechte möge einmal durch politische Taten beweisen, daß es ihr mit einer Verständigung wirklich ernst ist. Die demokratische Partei wolle nicht das Mißtrauen der Arbeiter und der kleinen Leute wahrnehmen durch eine Aenderung ihrer Politik.

Abg. Reil (S.): Voss will es nun einmal mit einer anderen Taktik probieren. Gleichzeitig wird heute aber im Organ des Herrn Körner der Staatspräsident hierher als ein ausgesprochener Bauernfeind bezeichnet, ebenso auch die beiden anderen demokratischen Minister. Die ganze Einheitsfront würde schließlich auf eine Parteilichkeit der Rechte hinauslaufen. Schon die Ausführungen Vosses zur Reichsschuldfrage, die den früheren Kaiser und seine Leute von aller Schuld am Krieg freisprechen wollen (Voss): Da haben Sie mich völlig mißverstanden, zeigen uns, daß es ein Zusammenarbeiten mit der Rechte für uns nicht geben kann. Wie kann der Abg. Voss von einer Verständigung mit der Sozialdemokratie träumen angesichts seines scharfen Kampfes gegen den Reichstagspräsidenten? Das Sammeln von Geldern zur Unterstützung der Einwohnerwehr sei ungesetzlich. (Minister Graf: Nein!) Die Ausführungen des Innenministers zur Wohnungsfrage seien völlig verkehrt.

Staatspräsident Meißner: In so kritischen Zeiten wie den jetzigen, sollte auch an unserer autoritären Politik und ihrem Leiter eine so scharfe Kritik nicht geübt werden, wie es jetzt der Abg. Voss getan. Die Haltung der württ. Regierung hat nicht weniger nationale Gesinnung oder nationalen Willen gezeigt als Bayern. Dem Gedanken einer nationalen Einheitsfront müssen wir solange mißtraulich gegenüberstehen, als wir aus den hinter Voss stehenden Kreisen solche Töne hören, wie heute wieder aus der „Schwab. Tageszeitung“. Auch Herr Voss selbst hat mit seinen heuchlerischen Ausführungen die bestehende Klüftung nur erweitert.

Abg. C. Schuler (U.S.B.): Es ist bemerkenswert, daß der Anbiederungsversuch Vosses von einem gewissen Erfolg begleitet war. Wenn die Kommunisten in den letzten Wärtagen in Württemberg zu einziger Bedeutung gekommen sind, so haben sie das lediglich dem Minister Graf zu verdanken.

Abg. Schneck (Komm.): Die Aufforderung Vosses zur Verständigung zeigt, daß etwas Neues im Werden ist, das aber nicht in friedlicher Entwicklung zustandekommen werde, sondern unter Mithilfe von Gewalt.

Abg. Engel (D.D.P.): Wir sind stets für eine Einheitsfront einschließlich der Sozialdemokratie eingetreten. In die Regierung und an die Parteien möchte ich die dringende Mahnung richten, den Ruf zur Sammlung nicht zu überhören. In dieser Hinsicht ist die Rede des Staatspräsidenten hierher eine schmerzliche Enttäuschung gewesen. Wenn die Monarchie nicht aus dem Willen des deutschen Volkes kommt, dann soll sie auch nicht kommen; wenn es aber der Wille des Volkes ist, dann muß sie auch kommen. (Unruhe bei den Soz.) Wessen Geschäfte werden denn besorgt, wenn man immer und immer wieder sagt, auch auf deutscher Seite liege ein gerüttelt Maß von Schuld? Wir sind am Krieg moralisch völlig unschuldig; intellektuell sind wir aber am Krieg mitschuldig, weil wir nicht klug und vorfristig genug waren, den Feinden, die uns an den Hals wollten, den Weg zu verlegen und uns militärisch und wirtschaftlich bereit zu halten.

Abg. Emil Roth (D.D.P.): Gegenüber der Bemerkung Andres von einer Ausmischung des deutschen Volks durch hohe Dividenden müßte darauf hingewiesen werden, daß die hohen Dividenden vielfach aus dem Auslandsgewinn, so z. B. beim Papier, stammen oder aus vorübergehenden künstlichen Konjunkturverhältnissen. Der Achtstundentag ist nicht der Weisheit letzter Schluss; es können auch Zeiten kommen, wo die Not sich stärker erweist als Parteiprogramme. Was die Einheitsfront angeht, so glaube ich, daß die kommende Not des Vaterlands das deutsche Volk mehr und enger zusammenschweißen wird als die wechselnde Stimmung in den Parlamenten.

Baden.

Karlruhe, 21. April. Der Bad. Frauenverein eine verachtete am Mittwoch im Konservatoriumssaal eine Gedächtnisfeier für die verstorbene Kaiserin Auguste Viktoria, die sehr stark besucht war. Die Feier wurde eingeleitet mit einem Chorgesang, worauf der Generalsekretär des Bad. Frauenvereins Geh. Rat Müllex in seiner Ansprache auf die Bedeutung der Feier hinwies. Die Gedächtnisrede hielt Stadtpfarrer D. Hesselbacher-Baden-Baden. Im Anschluß an die Gedächtnisrede wurde ein Dank schreiben der Großherzogin Luise verlesen.

Karlruhe, 21. April. Zur Frage der Arbeiterfahr-

arten und Sonntagsfahrarten hat Abg. Weismann (Soz.) im Landtag folgende Anfrage eingebracht: 1. Ist die bad. Regierung bereit, beim Reichsverkehrsministerium dafür einzutreten, daß die ab 1. Juni geplante Erhöhung der sog. Arbeiterfahrarten, die zum Teil 200 und mehr Prozent betragen soll, sich in erträglichen Grenzen hält? 2. Ist die bad. Regierung bereit, beim Reichsverkehrsministerium für die baldige Einführung der Sonntagsfahrarten, die im Hinblick auf die allgemeine Erhöhung der Fahrpreise eine zwingende Notwendigkeit ist, einzutreten?

Bretten, 21. April. Die Bahnverbindung Bretten-Knittingen-Kürnbach geht jetzt auch auf badischem Boden ihrer Vervollständigung entgegen. Die Grundstückserwerbungen sind in vollem Gang.

Durlach, 21. April. Durch Vermittlung der Kommission der religiösen Gesellschaft der Freunde (Käfer) von Amerika ist dem hiesigen Wohlfahrtsausschuß für die Auslandshilfe neuer Planerl zur Verteilung an 100 Familien je 1 bis 2 Meter Planerl zugewiesen, etwa 100 Familien je 1 bis 2 Meter Planerl zugewiesen.

Mannheim, 21. April. Die Gesellschaft Badische Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen erzielt einschließlich 2911688 M. Vortrag einen Gesamtgewinn von 6809181 M. (i. V. 29468739 M.). Es wird eine Dividende von 20 Proz. (i. V. 18 Proz.) vorgeschlagen; der ordentlichen Reserve sollen 3259225, der außerordentlichen Reserve 3 1/2 Millionen, dem Beamten- und Arbeiterunterstützungsfond 5 Millionen und einem neu zu gründenden Arbeiterpensionsergänzungsfond 15 Millionen zugewiesen werden. Zur Beschaffung des Geldbedarfs für die Umstellung der Produktion auf die neuen Verhältnisse, zum Ausbau der Stickstoffabriken und zur Herbeiführung einer dem gemeinsamen Geldwert Rechnung tragenden Verstärkung der Betriebsmittel wird ferner eine weitere Erhöhung des Grundkapitals vorgeschlagen: Kapitalerhöhung von 252 auf 430 Millionen Mark, Rückverwandlung von 42 Millionen Mark der früher ausgegebenen 3 1/2-prozentigen zweistimmigen Vorzugsaktien in Stammaktien unter Verleihung eines zehnjährigen Stimmrechts für die verbleibenden 30 Millionen Mark Vorzugsaktien, Angebot von 180 Millionen Mark Stammaktien an alte Stammaktionäre durch ein Bankkonsortium zu 107 Proz. und Zurückverleihung der restlichen 40 Millionen Mark Stammaktien für die Mitglieder durch die Bankengruppe.

Mannheim, 21. April. Durch Großfeuer ist das Lager der Holz- und Kohlenhandlung von Philipp Lehmann zerstört worden. Der ungeheure Brand griff auch auf das anliegende Holz- und Bretterlager der Holzhandlung Otto Janson über, wo das Feuer ebenfalls reiche Nahrung fand. Die ungefähr 5 Meier hohe Kohlenförderbahn verbog sich unter der gewaltigen Hitze und stürzte ab. Auch die Holzzerlegungsmaschinen sind völlig vernichtet. Der ungefähr 1000 Quadratmeter große Lagerplatz ist in eine Wüste verwandelt. Die Entstehungsbursache des Brandes ist noch dunkel. Der Gesamtschaden wird auf über eine Million geschätzt.

Der Stadtrat hat den Ausbau des Spitals für Lungenkranke beschlossen. Die Kosten dafür belaufen sich auf nahezu 1 300 000 M.

Mannheim, 21. April. In Ludwigshafen wurden Anschläge angebracht, wonach die Rheinzöllexperte erst am 20. Mai in Kraft treten soll. Am Dienstag war der Verkehr über die Rheinbrücke wieder so stark, daß die Fahrbahn zeitweise vollständig verstopft war und längere Störungen eintraten.

Weinheim, 21. April. Der Weinheimer Seniorenkonvent beabsichtigt in diesem Jahr seine Pflanztagung wieder auf der W. S.-C.-Waldenburg abzuhalten.

Offenburg, 21. April. Die bekannte und viel besuchte Gastwirtschaft zum „Engel“ (Brauerei Kampf) ist für immer geschlossen worden. Ein Bankunternehmer wird darin in nächster Zeit seine Tätigkeit eröffnen.

Griesen (bei Waldshut), 21. April. Bekanntlich waren im letzten Herbst alle Bemühungen, genügend Tafelobst zu annehmbaren Preisen zu erhalten, beinahe nutzlos. Die Ursache dieses Mangels liegt u. a. eine Anzeige in der „Deutschen Dessillateurzeitung“, in der die Badischen Obst- und Gemüsegewerke A.-G. in Griesen ungefähr 60 000 Liter garantiert reines Apfelmwein aus prima Tafelobst, Ernte 1920, 7-9 % Alkohol, besonders geeignet für die Sektfabrikation zum Verkauf ausschrieben.

Neberkingen, 21. April. Der Gemeinderat hat die Einrichtung einer Handwerkschule beschlossen.

Konstanz, 21. April. Eine hohe Strafe hat den hier wohnhaft gewesenen bekannten Platinhändler, den verheirateten Kaufmann Daniel Krämer ereilt. Nachdem er in Konstanz wegen versuchten Betrugs verurteilt worden war — er hatte einem Schweizer einen Barren Blei für Platin um 130 000 M. anschwindeln wollen —, begab er sich ins bayer. Allgäu, wo er eine Kaiserfamilie mit seinem Platinanschwindeln hereinlegte. Für den Bleiklumpen, den er den Leuten als Platin verkaufte, zahlten ihm die Betrogenen 60 000 M. Die Strafkammer Kempten verurteilte den Schwindler zu 5 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrenverlust und 6000 M. Geldstrafe oder weiteren 8 Monaten Zuchthaus.

Bermischtes.

Der Fötterungsstiel. Das launige Gebilde, das auch wir verwechseln, entstammt ursprünglich nicht dem „Regenbogen“, wie irrtümlich angegeben wurde, sondern dem „Schwarzwälder Bogen“.

Flensburgerbahn. Auf dem Bahnhof Wolmirstedt (Prov. Sachsen) fuhr eine Maschine auf einen Personenzug auf. 20 Reisende wurden verletzt. Zwei Wagen und die beiden Maschinen sind stark beschädigt.

Ein Räuber erwischt. Der Urheber des Anschlags auf einen Geldtransport der Zeche Einsinger Lappe auf einer Landstraße bei Bochum, bei dem mehrere Begleiter erschossen und über 2 Millionen Mark erbeutet wurden, ist jetzt in der Person des ehemaligen Wirtstischens Wilhelm Müller in Elegen verhaftet worden. Es wurden noch 127 000 Mark vorgefunden, die Wüller vergraben hatte.

Brand. In der Holzwarenfabrik Graichen in Röhling (Anhalt) zerstörte ein Großfeuer die gesamten Fabrikräume und wertvolles Material. Der Betrieb ist fast vollständig lahmgelegt. Der Sachschaden ist außerordentlich hoch.

Notenfälscher. In Prag wurde ein Banknotenfälscher namens Nowotny festgenommen. Er hatte bei dortigen Firmen lithographische Abzüge zur Herstellung gefälschter deutscher Hundertmarkcheine bestellt. In der Wohnung seiner Eltern in Dresden fand man bei einer Hausdurchsuchung eine Druckpresse, 300 Bogen Banknotenpapier und einen Lithographiestein.

Kauf keine Auslandswaren! Der Reichsverband der Hausfrauvereine hielt am Mittwoch in vielen Städten Versammlungen ab, in denen einmütig gegen die Gewaltmaßnahmen der Feinde Widerpruch erhoben und es als eine Ehrenpflicht der deutschen Frau erklärt wurde, keine Luxuswaren aus den feindlichen Ländern mehr zu kaufen.

Verband der Kleinbändler. In Berlin wurde ein Reichsverband der Kleinbändler Deutscher Kleinbändler für den Lebensmittelhandel gegründet.

Die Krachledern: — das neueste vom Reichshof.

Die bayerische Volksseele lacht wieder einmal über, jedoch ganz mit Recht. Aus dem „sachlichen“ Berlin kommt die Meldung, daß die berühmte Lederhose, die „Krachledern“ der Bergbauern, Holzschneide, Jäger und ähnlicher Leute, nach dem neuesten Unschickgesetz steuerpflichtig sei, daß der Erwerb dieses notwendigen Kleidungsstücks weitester Volkskreise einen „Luzus“ darstelle, den man nur gegen Zahlung einer entsprechenden Summe sich leisten dürfe. Ein Reichskommissar war zum Studium dieser bedeutsamen Frage eigens von der Spree an die Harz gekommen. Kühler Dergens, wie alle Kommissare seiner Art, hatte er die Mahnungen und Ratichläge der Münchner Handelskammer und der Vereinigung der oberbayerischen Siedlermeister angehört und war dann nach Berlin gefahren, wo die oberste Steuerbehörde die Luzussteuerpflicht der Ledernen mitteillos anerkannt hat. In München wurde der Fall anfangs mit gutem Humor behandelt. Die Krachlederne ein Luzus — das war eine Gaudi, das reizte zu Spott und Gelächter. Die Hauspoeten sämtlicher Zeitungen und schmetterten ihren Kampfsruf hinaus. Bis der Humor allmählich ausging und ein verbissener Keger die Oberhand gewann. Wußte man an der Spree denn nicht, daß die Krachlederne eine alteingebürgerte Volkstracht war, die nicht zum Luzus, sondern zu schwerer Arbeit im Wald, Berg und Feld getragen wurde? Kein Mensch — auch in Bayern nicht — würde sich aufregen, wenn etwa lederne Westen, lederne Autojaken, lederne Sportmägen und ähnliche Dinge unter den Begriff des Luzus fielen und dementsprechend behandelt würden, oder wenn bei einem Kostümest die funkelneue Lederhose eines neuen Reichen oder Getreidehändlers gehörig gebrandstümpft würde. Für die bayerische Krachlederne aber sollte sich doch wohl ein Ausweg finden lassen. Die Siedler als Verfertiger der viel geliebten und unentbehrlichen Kleidung haben bereits eine Petition an den Reichstag in der Tasche, die ein Holzgleicher Abgeordneter beantwortet will. Auch alle übrigen Abgeordneten, der Verein für Heimatchutz, der Volkstrachtenverein und ähnliche Verbände wollen ihren Einfluß geltend machen, damit das Unheil abgewandt wird. Eine Politik der Radikalität — und das wäre die Besteuerung der Lederhose — ist im Augenblick so falsch wie möglich. Schon brummt es zornig im Volk und an den Bürtlichen mit deutlicher Frontstellung gegen Berlin: „Morg'n kommt ma vielleicht no drauß, daß ma die Berg und die Alpenrosen besteuern kunn, weil's a bay'risch san.“ Also gekränktes bayrisches Selbstbewußtsein! Ich meine, die Sache wiegt auch finanzpolitisch gar nicht so schwer. Man lasse die Lederne ruhig steuern, und ein Teil des ausgestapelten Großs an die rüchichtslos arbeitende Reichsgesellschaft wird dann von selbst aus der drohenden bayerischen Volkskrise schwinden. (Köln. Stg.)

Saaten- und Berichts Mitte April.

Die Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats schreibt: Wenn auch das Wetter für die Frühjahrbestellung bisher überaus günstig war und dazu beigetragen hat, daß dieselbe in den meisten Gegenden schon beendet ist, so hat das überwiegend trockene Wetter im März und April das Wachstum der Feldfrüchte besonders auf den leichten Böden vielfach zurückgehalten. Die Trockenheit ist umso nachteiliger, da der Boden infolge des schneearmen Winters in der Tiefe nur wenig Feuchtigkeit aufweist.

Der Stand der Winterfrüchte kann im allgemeinen noch als befriedigend bis gut angesehen werden, doch wird die weitere Entwicklung, insbesondere auch der jungen Frühjahrssaaten von genügender Wärme und Feuchtigkeit abhängen. Es wird häufig darüber geklagt, daß neben dem trockenen Wetter kalte Nächte, in denen die Temperatur vielfach unter 0 gesunken ist, das Wachstum gehemmt hätten. Der Stand des Winterweizens wird von 57 Prozent der Berichterstatter als gut, von 35 Prozent als mittel und nur von 7 Prozent als schlecht bezeichnet. Den Stand des Winterroggens beurteilen 60 Prozent als gut, 35 Prozent als mittel und 5 Prozent als schlecht.

Der Stand der Futterpflanzen (Wiesen, Weiden, Klee) wird von 49 Prozent der Berichterstatter als gut gemeldet, gegen 71 Prozent im Vorjahr. 12 Prozent melden ihn als schlecht gegen nur 5 Prozent vor einem Jahr. Die Anbaufläche der Zuckerrüben wird erheblich größer sein als im Jahr 1920. Auch bei Kartoffeln wird man mit einer etwas größeren Anbaufläche rechnen können.

Auf die Anfrage, ob Flächen unbebaut bleiben, haben sämtliche Berichterstatter „nein“ geantwortet, doch wurde hin und wieder über ein Zunehmen der Brache berichtet. Aus der Provinz Sachsen wird mitgeteilt, daß auf den guten Böden ein langsam ansteigender Anbau der Futterpflanzen gegenüber den übrigen Kulturpflanzen bemerkbar sei. Auch die Frage, ob die Bestellung im März durch Streich verzögert wurde, haben sämtliche Berichterstatter verneint, gegenüber nur 73 Prozent um dieselbe Zeit 1920.

Arbeiten im Obstgarten. Der milde Winter und die sonnigen Frühlingsmonate haben das Leben in der Natur zeitig wachgerufen. Wenn auch die Tage sommerliches Wetter bringen, von Nachtfrösten werden wir aber nicht verschont bleiben. Da gilt es dann, die Blüten durch Behängen mit Säcken, alten Vorhängen, Strohmatten und dergleichen zu schützen. Um einen guten Fruchtansatz zu fördern, ist es notwendig, dem Baum während der Blüte genügend Feuchtigkeit zuzuführen. Bei Trockenheit bildet sich in der Blüte kein Nektar, der die Insekten anlockt. Letztere bleiben aus, und die Bestäubung bzw. Befruchtung der Blüten wird eine mangelhafte sein. Dazu kommt dann noch, daß die Karbe abtrocknet, so daß der allenthalben herangebrachte Blütenstaub nicht haften und so eine Befruchtung unmöglich wird. — Durch den milden Winter begünstigt, wird die Ungezieferplage auch in diesem Jahr wieder recht groß werden. Auch allerlei Krankheiten werden sich bemerkbar machen, wie Rehtau, Blattkrankheit, allerlei Fleckkrankheiten usw. Darum sind zur Sicherung der Ernte Spritzungen vor, während und nach der Blüte bzw. der Laubentfaltung mit 3 bis 5prozentigem Floreavit aus der F. Schacht'schen Chemischen Fabrik in Braunschweig vorzunehmen. Gegen Ende des Monats sind die Bäume auf Fruchtansatz zu untersuchen. Neupflanzungen dürfen im ersten Jahr keine Früchte tragen und sollten ihnen schon die Blütenknospen ausgebrochen werden. Baumbänder, Beredelungsverbände und Anheftbänder von Etikets sind zu lockern, damit sie nicht einschneiden. Um ein Ausbrechen der Beredelungsstrieme zu verhindern, schient man an den Aststumpf einen Stab und bindet den Trieb an diesen fest. Alle austreibenden Schosse unter der Beredelungsstelle sind zu entfernen. — Zauchbindungen sind jetzt sehr angebracht. Erdbeeren bedürfen besonders während der Blüte reichliche Bewässerung, ebenso einer flüssigen Düngung, namentlich mit phosphorhaltigen Stoffen. Für Neuanlage von Erdbeereben ist Ende April und Anfangs Mai die beste Zeit. Gut gepflegte Erdbeeranlagen aus diesem Monat geben im nächsten Jahr schon eine ziemliche Bollernte. Wer selbst für die Baumschule zieht, macht jetzt noch eine Aussaat der verschiedenen Obstsorten.

Die Kohlensäure im Wein hat den Zweck, den Wein zu erhalten und ihm die Frische des Geschmacks zu geben. Deshalb muß beim Abziehen des Weines auf die größtmögliche Erhaltung der Kohlensäure geachtet werden. Weil beim Umsfüllen viel Kohlensäure verloren geht, meinen manche, darauf verzichten zu müssen. Man bedenkt dann aber nicht, daß durch das Umsfüllen die Scheidung vom Trub vollzogen wird, und daß sich in dem umgefüllten Wein durch Nachgärung Kohlensäure nachbildet, daß also der anfangs fade Geschmack wieder aufgehoben wird.

Der Imker sollte bei seinen Arbeiten am Stande nie dunkle, wollige oder haarige Kleider tragen, besonders keine Filz- oder Velourhüte. Diese sind den Bienen ungemein zuwider, sie verlangen sich sehr leicht in den feinen Haaren, wodurch sie sehr flechtartig werden. Damit wir nicht zu reich erhitzen, werden wir möglichst leichte Kleider anziehen; denn nichts reizt die Bienen mehr als schweißige Ausdünstungen. Ein leichter, graugrüner, bis über die Knie reichender Leinenmantel, ein glatter Hut mit breiter Krempe und darüber ein einfacher Tüllschleier sind die zweckmäßigste Ausrüstung des Imkers.

Das Abendfutter der Kaninchen soll stets recht reichlich bemessen werden, da Kaninchen auch während der Nacht Futter zu sich nehmen. Gutes Heu, Grünfutter und etwas Getreide eignet sich am besten für diese Mahlzeit. Weichfutter verwendet man nicht, da dies, namentlich in den Sommermonaten, leicht säuert und dann schädlich wirkt.

Es werden nicht alle. Die „Voss. Zig.“ nimmt nachstehendes Bildchen von Groß-Beilin: In der Fieberstraße steht ein Mann, umringt von einer an hundert jähren, stummenden Menne. Er verteilt Zettel und läßt die Leute darauf schrei-

ben; er ist nämlich Graphologe, Zukunftsprophet, Astrologe, bearbeitet in einer kleinen Münze 17 Horoskope (Jahreshoroskopen). Zwei aufgeschriebene Buchstaben genügen 3 bis 10 Zettel steckt er vor aller Augen in eine Glasflasche, die aussieht, als sei sie nicht recht gereinigt seit dem letzten Mal, verschließt sie schnell wieder mit einem Korkstopfen, und — siehe, nach einer halben Minute befindet sich auf jedem Zettel in roter Schrift ein prächtiges Charakter- und Zukunftsoroskop, pro Stück eine Mark! — In der Flasche sind natürlich Gase, die auf den Zetteln die mit unsichtbarer Tinte geschriebenen Worte in roter Farbe entwickeln. Gestalt: 1,9 Meter in der Stunde! — Was will man mehr in unsrem Brennpunkt der Intelligenz, an der Spitze?

Lozales.

Georgi. Am 23. April ist St. Georgstag. Der heilige Georg war ein christlicher kappadocischer Prinz, der der Ueberlieferung nach einen Drachen getötet und im Jahr 303 den Märtyrertod durch Enthauptung erlitten hat. Er wird gewöhnlich als ein schöner Jüngling dargestellt, der auf einem Schimmel reitet und mit seiner Lanze einen Drachen oder Lindwurm durchbohrt. In den Wappen Englands und Russlands spielt der heilige Georg eine große Rolle und in Bayern wurde am 24. April in feierlicher Weise seitens des Königshauses in München das Ordensfest der dem hohen Ritterorden vom hl. Georg Angehörigen begangen. Der Georgstag spielt im Glauben des Volkes eine große Rolle. Von ihm heißt es: Kommt St. Georg auf dem Schimmel geritten, so ist das Frühjahr wohl gelitten! „Georg und Marks drohn uns viel Arge!“ und: Solange die Frösche Georgi schrein, müssen sie nachher wieder stille sein.

Maikäfer sieht man bereits da und dort abends ausfliegen und es scheint dies darauf hinzudeuten, daß wir heuer ein „Maikäferjahr“ bekommen werden. Die Schadlinge müssen deshalb schon frühzeitig energisch bekämpft werden.

Das Verkehrsleud. Gegenüber den wahnwitzigen Forderungen der Entente ist es erforderlich, auch auf die Notlage unseres Verkehrswezens hinzuweisen. Im Jahr 1913 standen uns 24771 betriebsfähige Lokomotiven zur Verfügung, am 1. April 1919 25000 und am 1. Oktober 1920 nur noch 18685. Die Anzahl der betriebsfähigen Personen- und Gepäckwagen betrug im Jahr 1913 rund 80000, am 1. April 1919 rund 70200 und am 1. Oktober 1920 nur noch 51000. An betriebsfähigen Güterwagen wurden 1913 gezählt 138451, am 1. April 1919 waren es 679100 und am 1. Oktober 1920 nur noch 471800. Die Zahlen sprechen Bände.

Kein Bündwarenmonopol. Die im Bündwarensteuergesetz vom 10. September 1919 niedergelegte Verpflichtung zur Einführung eines Herstellermonopols ist bekanntlich vom Reichstag kürzlich beseitigt worden, da die Einführung eines Monopols weder im finanziellen noch im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse des Reichs liegen würde. Zum Gebrauch im Inland bestimmte Bündwaren unterliegen aber einer Verbrauchsabgabe. Es wird zur Zeit geprüft, wie im Wege des Ausbaues oder der Umgestaltung der wirtschaftlichen Grundlagen der Bündwarenindustrie bei Hebung der Produktion der Allgemeinheit eine gute und preiswerte Ware zugeführt werden kann. Zur Zeit werden im Inland etwa 60 bis 70 Prozent des Bedarfs erzeugt. Der Rest wird eingeführt. Der Rückgang der Erzeugung hat vornehmlich seinen Grund im Kohlenmangel und im Fehlen geeigneten Holzes. Es ist vor allem Eichenholz aus Nordwestrussland erforderlich, das schon erreichbar ist. Zur Zeit gibt es etwa 55 Bündwarenfabriken, die im letzten Verrechnungsjahr 84112 Millionen Stück herstellten. 30453 Millionen werden eingeführt.

Warum das Bündwarenmonopol unmöglich ist. Der Reichstag hat bekanntlich die Einführung eines Herstellermonopols für Bündwaren abgelehnt, weil die Uebernahmehöhe zu hoch und das Reich hätte für diesen Zweck mehr als 300 Millionen Mark anwenden müssen, nämlich für Grundstücke und Gebäude, die von der Monopolverwaltung zu übernehmen gewesen wären, 30 Millio-

nen Mark, Fabrikationsmaschinen und Geräte 120 Millionen Mark, Geschäftseinrichtungen 4 Millionen Mark, Vorräte an Rohstoffen 15 Millionen Mark, Errichtung einer modernen Händeholzfabrik von großem Betriebsumfang 20 Millionen Mark, Gewinnabfindung an Fabrikanten 66 Millionen Mark, Entschädigung an Angestellte 6 Millionen Mark, Entschädigung an Arbeiter 35 Millionen Mark usw. Dem Reiche würde jährlich ein Herstellerertrag von 14 Millionen zufließen. Es hätte aber zur Verzinsung der 300 Millionen und zu der mäßigen Tilgung der Schuld von 1 Prozent 18 Millionen anwenden müssen, so daß jährlich ein Zuschuß von 4 Millionen erforderlich gewesen wäre.

Tabakeinfuhr. Von der Bad. Landwirtschaftskammer wird uns geschrieben: Die Nachricht, daß vom 1. Juli ds. Js. ab die Tabakeinfuhr vom Reich vollständig frei gegeben werde, beginnt nunmehr auch in den Kreisen des Tabakhandels große Aufregung zu verursachen. Nicht nur bei den Pflanzern, sondern auch bei dem Handel lagern große Mengen deutschen Tabaks, die zu sehr billigen Preisen abgegeben werden. Es ist ganz unverständlich, wie die Reichsregierung dazu gekommen ist, zugunsten einiger Einfuhrhändler die Tabakeinfuhr vollständig frei zu geben, anscheinend ohne Rücksicht auf die Finanzen des Reichs und das Bedürfnis. Außer der Landwirtschaftskammer haben neuerdings auch andere Kreise die Reichsregierung auf die schwerwiegenden Folgen der beabsichtigten Freigabe aufmerksam gemacht.



Die Abholung der Leiche der Kaiserin am Bahnhof Wildpark.

Stuttgarter Börsenbericht

vom 21. April 1921, mitgeteilt von der Direktion der Diskontogesellschaft, Zweigstelle Wildbad (vorm. Stahl & Federer A.-G.)

Die Haltung der heutigen Börse war ausgesprochen schwach. Auf allen Gebieten wurden Gewinnrealisationen vorgenommen, und die Kurse bewegten sich mit Ausnahme von einigen Spezialwerten rückläufig. Stark angeboten waren Württ. Notenbank Aktien, die 19% (190) niedriger Brief notierten. Wenig verändert waren Brauereiwerte. Von Spinnerei- und Textilwerten waren Kammgarn Bietigheim um 8% (375), Kolb u. Schüle um 8% (450 etbz. und B) und Baumwoll Ehlhingen um 1% (464 bez.) gedrückt. Ihre Kurse verbessern konnten nur Maschinenfabrik Ehlhingen um 5% (308 bez.) und Württ. Metallwaren Geislingen um 5% (465) bei größeren Umsätzen und starker Nachfrage. Weiter verloren Stuttgarter Zuder 3% (364). Ruhig und schwach lag auch der Freiverkehr. Man hörte: Apollowerke 215 G 217 B, Bad Mergentheim 102 G, Benz Aktien 190 B, junge Danubia 220 G, Heilbronner Zuder 255 G, Anton Lamberts Chr. Sohn 233 G, Ostertag ca. 195, Marswerke 158 B, Ebingen Tricot 123 G 126 B, Mattes u. Luz Befigheim 342 G 360 B, Mayer u. Bollmer 164 G 169 B, Magdeburger Hagelversicherung 1150 G und Glasindustrie Beihingen bis 149 umgekehrt.

Stadt Wildbad. Straßensperre.

Die Rennbachstraße und die Zufahrt zum Güterbahnhof bei der Drehscheibe sind vom 23. April an für schwere Fuhrwerke auf etwa 3 Wochen gesperrt, wegen Neuherstellung der Gehwegpflasterung an der König-Karlstraße und sonstigen Straßenbauarbeiten vor der Herrnhilfe. Stadtschultheißenamt: B ä g n e r.

Stadtgemeinde Wildbad. Versteigerung von Nadelholzstangen

am Freitag, den 29. April 1921, vormittags 11 Uhr im Rathaus: 315 Baustangen I.—III. Klasse, 158 Hagstangen II.—III. Klasse, 944 Hopfenstangen I.—II. Klasse. Wildbad, den 22. April 1921.

Bin unter Nr. 63 an das Fernsprechnetz angeschlossen. Adolf Krauss, Metzger. Rathausgasse.

Große Sendung Habana-Zigarren, neuester Ernte,

eingetroffen. Speziell zum Wiederverkauf für Hotels und Pensionen. Chr. Schmid u. Sohn, Tabakwarengroßhdlg.

Für die Saison Damen- Mädchen- Kinder- Stiefel

empfehle mein sehr reichhaltiges Lager in la. braunen ren- Damen- Mädchen- Kinder- Stiefel von Nr. 18 bis Nr. 46. Ferner große Auswahl in Sandalen, weiße und schwarze Leinenschuhe und -Stiefel in allen Größen, schwarze Kinder- u. Herren-Stiefel von den einfachsten bis feinsten Sorten in a guten Qual., sowie Werktags- Ware in starker bester Ausführung. — Hausschuhe sowie alle anderen Artikel zu billigst. Tagespreisen. Eigene Reparatur-Werkstätte. Hermann Lutz, Hauptstraße 117.

Württ. Bürgerpartei (D. N. B.) Ortsverein Wildbad.

Wir machen unsere Mitglieder (Männer und Frauen) auf den am Sonntag, den 24. April, nachm. 3/4 Uhr, im „Röhlen Brunnen“ hier stattfindenden Vortrag des Herrn Professor Dr. Kraeger, Düsseldorf besonders aufmerksam und fordern zu regitem Besuche dringend auf. Der Ausschuß.

Gestern mittag 1/2 Uhr ging auf dem Weg von Villa Rheingold bis Karlsbad eine Uhr verloren. (Rückseite Amorzeichen). Gegen Belohnung abzugeben in der Tagblattgeschäftsstelle.

Silberne Armband-Uhr auf dem Weg nach der Hochwiese verloren. Abzugeben in der Tagblattgeschäftsstelle gegen gute Belohnung.

LIEDERKRANZ Wildbad. Samstag abend Probe für sämtliche Sänger. Der Chormeister.

Für Juli-August wird von Familie Herr und Dame, 3 Kinder 10—8, und 1 1/2 Jahre, sowie 1 Mädchen Aufnahme in einem kleinen, aber wirklich vornehmen und gediegenen Hause (Hotel oder Pension) gesucht.

Schöne Ferkel sind von heute mittag 2 Uhr ab im Gasth. zur Eisenbahn zu haben. Rint.

Bedingung: Gute Verpflegung, ruhige Lage und Gartenanlage. Offerten mit Preis erbeten unter Dd. 1153 an „Ala.“ Haasenteln & Vogler Dortmund.